**Bezugsgebühr** vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38 u. in den Nebenannahmestellen bis Vorm. 9 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11-½1 Uhr Mittags.
**Anzeigentarif.** Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) kostet 15 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite 30 Pf.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pfg. für Familiennachrichten 2c. bez. 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2000.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

# Dresdner Nachrichten

43. Jahrgang.
Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden

Für Herren, Jünglinge und Knaben
**Anzüge, Joppen, Havelocks, Paletots.**
Allerneueste Stoffe und Façons.
**Schlafrock-Meyer, nur Frauenstr. 7**

Unsere Geschäftslokale befinden sich jetzt
Wilsdrufferstr. 33, I.
**J. Unbescheid & Söhne.**
Fernsprecher: 1, 46.

**Gesangbücher**
**Ostergeschenke, Photogr.-Albums**
empfiehlt in reichster Auswahl
**Bernhard Rüdiger**
Wilsdruffer Strasse 3.

**Erstklassige Pneumatic** -Decken u. Schläuche dabei dennoch billig
liefert unter Garantie
Gummiwarenfabr. Reinhardt Leupolt, Dresden, Wettinerstr. 26.

**Julius Schädlich**
Am See 16, part. u. I. Et.
**Beleuchtungs-Gegenstände**
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

**Görlitzer Waaren-Einkaufs-Verein**
Cigarren-Special-Geschäft: **Moritzstrasse 9**
gegenüber der Bernstein-Industrie.
**Echte Manilas** Mille M. 70.— **Echte Virginias** Mille M. 80.— **Echte Schweizer Cigarren** Mille von M. 30.— an
Man verlange Preislisten!

**Nr. 89. Spiegel:** Kriegsgeschrei und Friedensschalmei. Sammlung, Handwerksorganisation. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Kgl. Arsenal. Gewerbeverein, Gerichtsverhandlg. „Romeo u. Julie". Muthmaßl. Witterung: Unsicher, warm. **Donnerstag, 31. März 1898.**

## Politisches.

Die dunklen Wolken, die den transatlantischen Horizont verdüstern, haben sich über Nacht so verschoben, daß auf einmal wieder ein Stück blauen Himmels heiter lächelnd daraus hervorschaut. Soeben ertönte noch in der ganzen Union vom Atlantischen bis zum Großen Ocean das wildeste Kriegsgeschrei und plötzlich will dort Niemand mehr etwas vom Kriege wissen. Selten hat sich in kürzester Frist ein so vollständiger Wechsel vollzogen. Die New-Yorker Blätter, die am Tage zuvor noch gewaltig mit dem Säbel gerasselt hatten, kommen mit den Riesenaufschriften „Friede" heraus und die pessimistische Auffassung, die kurz zuvor allenthalben vorherrschte, daß der Konflikt mit Spanien nur mit dem Schwerte entschieden werden könne, ist spurlos verduftet. Das frivole Spiel mit dem Feuer erweist sich als Börsenspiel. Das Interesse der Korsenspekulanten und der chauvinistischen Jingos war vollständig das gleiche, nämlich mit Hilfe der Politik ein gutes Geschäft zu machen. Gestern bedurfte man der Kriegsstimmung, heute muß Friedensstimmung erzeugt werden und in der That ist die New-Yorker Börse in wahre Hausse-Delirien verfallen; die Fonds stiegen um fünf bis zwölf Points. So lange die führenden Cliquen in New-York ein Interesse an Baisse-Tendenz hatten, lauteten alle Berichte von dort durchaus pessimistisch; nachdem in New-York allgemein gedeckt worden ist, steigt der Friede, „der liebliche Knabe", aus der Versenkung auf, mit Rosen bekränzt, wie ein Börsenblatt schmunzelnd bemerkt, und mit einer Miene, als ob er sich nie so wohl gefunden habe.

Den Charakter der Börsenmache trägt vermuthlich auch der mit raffinirten theatralischen Effekten inscenirte Versuch, die nackte Habsucht, die sich hinter den kriegerischen Demonstrationen verbirgt, mit dem Deckmantel der Humanität zu verhüllen. Die wüste Brandrede, die vor wenigen Tagen ein Senator im Oberhause der Union in Washington gegen Spanien von Stapel gelassen hat, bildete ein seltsames Gemisch von chauvinistischen Exzessen und sentimentalen Phrasen, unterstützt bald von drohenden Geberden, bald von Schluchzen und Thränenergüssen. In demselben Athemzuge, mit dem der Redner die Kriegsfurie zu entfesseln suchte, appellirte er an die christliche Menschenliebe. Einerseits erklärte er, daß die Zeit zum Handeln gekommen sei, die Zeit, wo Gewehre die Lebensmittel für die hungernden Insurgenten begleiten müßten, und zugleich versicherte er, daß die gesammte spanische Armee auf Cuba es mit 20,000 amerikanischen Soldaten nicht aufnehmen könne, und andererseits erinnerte er an Christus, den Verkünder der Menschenliebe und des ewigen Friedens, um damit die schwersten Anklagen gegen die Spanier zu verbinden. „Gewiß", sagte er, „hat Spanien mehr Kreuze in mehr Ländern unter vielen Himmeln aufgerichtet und unter dem Zeichen dieses Kreuzes mehr Leute abgeschlachtet, als alle Nationen der Erde zusammengenommen. Europa mag das Dasein Spaniens ertragen, so lange es das will, aber möge Gott geben, daß die letzte Spur spanischer Tyrannei und Bedrückung von der westlichen Hemisphäre verschwunden ist, ehe ein neuer Christtag anbricht." Solche Vorwürfe wagen die Vertreter der nordamerikanischen Politik zu erheben, für die es niemals andere Motive gegeben hat, als das Interesse des Dollars und der rücksichtslosen Selbstsucht. Es mag hier nur an das brutale Unterdrückungssystem erinnert werden, mit dem die Nordamerikaner die Ureinwohner der Union, die Indianer, zu vertilgen bestrebt sind. Es ist widerliche Heuchelei, wenn sie ihre Gier nach dem Besitz Cubas mit menschlichem Mitgefühl und christlichem Empfinden zu bemänteln suchen. So wenig wie John Bull hat Bruder Jonathan jemals daran gedacht, Politik um allgemeiner Menschenliebe willen und aus schwärmerischem Idealismus zu treiben. Beide rühren nicht die Hand, um sentimentalen Regungen nachzugeben; wenn sie mit einem philanthropischen Programm aufwarten, so stellt dieses regelmäßig einen Vorwand dar, hinter dem sich irgend eine politische Berechnung oder ein ganz gewöhnliches Krämerinteresse verbirgt. Wenn die Jingos in Wirklichkeit die Vertreter der Gerechtigkeit, Menschenwürde und Humanität sein würden, so müßten sie ihre Anklagen vor Allem gegen die cubanischen Rebellen richten, die in der Handhabung der rohesten Gewaltmittel, in der Grausamkeit und Unmenschlichkeit der Kriegführung unerreicht dastehen. Das Dynamit ist das bevorzugte Kampfmittel der Insurgenten, und angesichts der zahllosen Dynamitanschläge, die sie gegen die Spanier verübt haben, liegt der Verdacht nicht so fern, daß sie bei der Explosion, durch die das spanische Kriegsschiff „Maine" vernichtet worden ist, die Hand im Spiele gehabt haben, um auf diese Weise den kriegerischen Konflikt zwischen Spanien und Nordamerika unvermeidlich zu machen. Aber für die nordamerikanischen Chauvins stand es ja von vornherein fest, daß die Katastrophe nur böswillig von den spanischen Behörden herbeigeführt sein könne. Es ist auffällig, daß jetzt, wo der Bericht der nordamerikanischen Untersuchungskommission dies zu bestätigen scheint oder wenigstens ein Attentat von spanischer Seite wahrscheinlich erscheinen läßt, die öffentliche Meinung wider Erwarten nicht in der Weise reagirt, wie dies hätte geschehen müssen, wenn die Kriegsstimmung eine nicht künstlich erzeugte wäre. Es handelt sich eben in der Hauptsache um Börsentreibereien. Als man Baisse brauchte, wurden erlogene Nachrichten über das Ergebniß der Untersuchung der Katastrophe der „Maine" ausgesprengt; ein Chicagoer Blatt verbreitete sogar das Gerücht, ein zweites Kriegsschiff der Union sei im Hafen von Havana in die Luft gesprengt worden. Jetzt, wo die Spekulanten einer stürmischen Hausse bedürfen, wird der Bericht der Untersuchungskommission, der das geeignete Mittel bot, die Kriegsleidenschaften bis zum Aeußersten zu entfesseln, nicht nur nicht ausgebeutet, sondern man bläst allenthalben in der Börsenpresse die sanfte Friedensschalmei nach der Melodie: „Ach, ich bin des Treibens müde! Süßer Friede, komm, ach komm in meine Brust!"

In Wahrheit haben die offiziellen Beziehungen zwischen Madrid und Washington noch gar nicht jene Schärfe angenommen, welche den Ausbruch eines Krieges als unvermeidlich erscheinen lassen müßte. In seiner Botschaft an den Kongreß in Washington hat Präsident Mac Kinley der festen Erwartung Ausdruck gegeben, daß „der Gerechtigkeitssinn Spaniens den durch die Ehre und die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Regierungen empfohlenen Weg des Vorgehens bezeichnen werde", und auch die näher interessirten Mächte, besonders Frankreich, sind nach Kräften bemüht, dazu beizutragen, daß ein Weg angebahnt wird, der zu einer friedlichen Lösung der Krisis führt. Im Namen Frankreichs hat der französische Minister des Auswärtigen Hanotaux in der Deputirtenkammer seine Bereitwilligkeit zu freundschaftlichen Vermittelungen zu erkennen gegeben. Er wies auf das gleiche Maß der Freundschaft hin, welche Frankreich mit dem „heroischen spanischen Volke" und mit der „mächtigen Schwesterrepublik" jenseits des Atlantischen Oceans verbinde. Im Uebrigen giebt es hüben und drüben der ernsten Erwägungen genug, die das Gefühl der Verantwortlichkeit bei den Staatslenkern in Madrid wie in Washington derartig erhöhen müssen, daß sie unter allen Umständen einen Krieg zu vermeiden suchen werden, der für beide Theile ein Wagniß von unabsehbaren Folgen sein würde.

## Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 30. März.

* Essen (Ruhr). Die heutige Zechenbesitzer-Versammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats beschloß, wie die „Rhein.-Westfäl. Ztg." meldet, gemäß dem in der vorhergegangenen Beiratheſitzung des Syndikats gemachten Vorschlage die Fordereinschränkung für das zweite und dritte Quartal 1898 auf 10 Prozent, wie bisher, festzusetzen.

* Washington. Der Ausschuß des Senats für auswärtige Angelegenheiten gelangte heute nicht zu einer Einigung betreffend die zur kubanischen Frage eingebrachten Resolutionen. Dieselben wurden sämmtlich einem Unterausschusse überwiesen. Der Ausschuß vertagte sich sodann.

Berlin. Reichstag. Bei dem Etat „Reichsamt des Innern" theilt Staatssekretär Graf Posadowsky auf eine Anfrage des Abg. Bassermann (nat.-lib.) mit, daß Vereinbarungen über den bei dem steigenden Verkehr nothwendig gewordenen Befähigungsnachweis für Dampfschiffe ihrem Abschluß nahe seien, wonach zur Führung von Dampfschiffen erforderlich sein sollen eine siebenjährige Fahrzeit und ein Lebensalter von 25 Jahren, zur Führung von sonstigen größeren Schiffen eine Fahrzeit von sechs Jahren und ein Lebensalter von 23 Jahren. — Abg. Rettich (kons.) hält eine Revision der Einführungsbestimmungen zum Margarinegesetz für nothwendig. — Staatssekretär Graf Posadowsky führt aus, die Einführungsbestimmungen seien allgemein gewünscht; sie sollten den Nachweis betrügerischer Manipulationen erleichtern. Ihre Wirksamkeit sei aber davon abhängig, daß in den Einzelstaaten eine genügende Anzahl chemisch und technisch ausgebildeter Beamten vorhanden sei. — Abg. Rickert (freis. Ver.) führt aus, die Konservativen schöben hier, wie beim Börsengesetz, die Schuld auf die Regierung, nachdem das Gesetz ihren Erwartungen nicht entsprochen habe. Auf eine Bemerkung des Abg. Prinzen Schönaich Carolath führt Staatssekretär Graf Posadowsky aus, die Bemühungen, die holländische Regierung zur Festsetzung gleichartiger Schonzeit für den Lachsfang zu bestimmen, würden fortgesetzt. Es folgen Bemerkungen des Abg. Frhrn. Heyl zu Herrnsheim und des Staatssekretärs Grafen Posadowsky, der erklärt, daß seitens des Reichsgesundheitsamtes Untersuchungen über die Verunreinigung des Rheines geführt würden. — Abg. Lützenkirchen (soz.) wünscht eine Regelung der Betheiligung der Arbeiter an den Unfallverhütungskommissionen für die Bergwerksbetriebe, und zwar von Reichswegen. — Staatssekretär Graf Posadowsky führt aus, diese Forderung sei für die Regierung ein Novum, sie habe zu dieser Frage noch keine Stellung genommen. — Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib.) hält den Wunsch des Abg. Lützenkirchen für durchaus gerechtfertigt. — Abg. Hitze (Centr.) freut sich, daß der Vorredner sich in diesem Sinne ausgesprochen habe, und weist seinerseits darauf hin, daß Minister Brefeld Befahrungskommissionen in Aussicht genommen habe, an denen eventuell auch die Arbeiter theilnehmen sollten. — Abg. Stadthagen (soz.) verlangt Bestrafung derjenigen Beamten, durch deren Fahrlässigkeit das Unglück in Karolinengrube verschuldet sei. — Staatssekretär Graf Posadowsky theilt mit, daß über diese Katastrophe eine ernste Untersuchung eingeleitet sei. An der weiteren Debatte betheiligen sich die Abgg. Frhr. v. Stumm, Lützenkirchen, Möller-Waldenburg, Hammacher und Radwanzky. Letzterer wünscht eine andere Handhabung der Maßregeln bezüglich der Vieheinfuhr an der russischen Grenze. (Vicepräsident Spahn ruft den Redner zur Sache.) — Abg. Pöns (Soz.) verbreitet sich über die lange Arbeitszeit für Kinder auf den Gütern im Anhaltischen, sowie über die Arbeitszeit bei den dortigen Ziegeleien. — Graf Posadowsky erwidert, die Kinderbeschäftigung im Gewerbe trage doch einen anderen Charakter als die in der Landwirthschaft; letztere sei nicht schädlich und auch im Allgemeinen ohne sittliche Gefahren. Deshalb und damit nicht die Statistik durch eine zu große Ausdehnung verflache, seien die jetzigen Erhebungen über Kinderarbeit nur auf die gewerbliche Arbeit beschränkt worden. Auf Anregung des Abg. Kruse erklärt Graf Posadowsky, es seien dem Reichskanzler keine Thatsachen bekannt geworden, welche die bei der zweiten Lesung des Justizetats gegen die Irrenärzte erhobenen Beschuldigungen bestätigten. Er könne den Irrenärzten auf Grund seiner eigenen langjährigen Erfahrungen als Verwaltungsbeamter nur das beste Zeugniß ausstellen. Schließlich erklärt Graf Posadowsky noch, die von dem Reichstag bei der zweiten Lesung beschlossene Resolution betr. anderweitige Zusammensetzung der Reichstags-Baukommission habe die Zustimmung im Bundesrath gefunden. — Beim Militäretat erklärt Minister v. Goßler, bei dem von Bebel neulich erwähnten Todesfall eines Kürassiers, daß derselbe, wie sich hinterher herausgestellt habe, schon an einer Nierenaffektion leidend, in's Heer eingetreten sei und daß Mißhandlungen als Ursache des Todes nicht festzustellen gewesen seien; ferner habe sich der Bechtholt aus Kehl thatsächlich erhängt, die Wunde am Hinterkopf rühre nicht von Mißhandlungen her. Der Minister macht dann noch Mittheilungen über die Typhus-Epidemie in Saarbrücken, ein Verschulden treffe Niemand. — Abg. Bebel sucht seine Behauptungen aufrecht zu erhalten und erwähnt dann das Gerücht, wonach die Epidemie in Saarbrücken dadurch verschuldet sei, daß der Kartoffelschäler vorher mit gewissen Reinigungsarbeiten beschäftigt gewesen sei und sich vor dem Kartoffelschälen die Hände nicht gewaschen habe. Weiter erwähnt Redner eine angebliche Aeußerung des Grafen Tohna, daß demokratisch angehaucht befundenes Gesindel als Soldaten aus dem Westen nach dem Osten verschickt wurden. Er erwartet, daß der Kriegsminister denselben zur Verantwortung ziehe. — Minister v. Goßler erwidert nochmals, daß eine genaue Untersuchung eingeleitet werden würde. Der von Bebel neu erwähnte Fall beruhe auf unrichtigen Angaben. Was den Verdacht wegen des Kartoffelschälens mit Schmutzhänden anlange, so beruhe das nur auf einem Mißverständniß. Die Angabe über den Grafen Tohna habe er nur im „Vorwärts" gelesen; er glaube, dies sei ein Anlaß, gegen den „Vorwärts" Klagbar vorzugehen. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Bebel meinte vorhin, wenn ich die Arbeit mit der Budgetkommission anders geleitet hätte, würden wir viel mehr Zeit für die dritte Lesung haben; ich kann nur sagen, daß mir eine solche dritte Etatsberathung mein Leben lang noch nicht vorgekommen ist. (Lebhafter Beifall.) — Abg. Kuhnert geht unter großer Unruhe nochmals auf die Submission in der sächsischen Armee ein. Auf eine Bezugnahme des Redners auf eine Bebel'sche Mittheilung ruft Abg. Merbach: Das ist eine Lüge, das habe ich Bebel nachgewiesen. Kuhnert bemerkt weiter, Graf Bitzthum habe sich neulich die gröbsten Unwahrheiten zu Schulden kommen lassen. — Präsident v. Buol rügt diese Aeußerung. Unter großer Unruhe verschwindet die weiteren Ausführungen des Redners. — Minister v. Goßler verzichtet auf eine Antwort auf die unbewiesenen Aeußerungen Kuhnert's. Der sächsische Militärbevollmächtigte, Graf Bitzthum v. Eckstädt, weist dessen Angriffe auf die sächsische Militärverwaltung auf das Entschiedenste zurück. — Auf eine Entgegnung Merbach's erwidert Kuhnert, dieselbe sei unter aller Kritik, wofür er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wird. — Damit schließt die Debatte. — Im Laufe der persönlichen Bemerkungen bezeichnet Abg. Friedberg die erneuten Behauptungen Bebel's und insbesondere die Behauptung, daß die Nationalliberalen infolge von Herzensrohheiten bei seinen Aeußerungen gelacht hätten, als eben so unwahr wie die Bebel'schen Behauptungen überhaupt. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Frechheit und Unverschämtheit!) Bebel und Friedberg gehen mit geballten Fäusten auf einander los. Präsident v. Buol erklärt, die Zwischenrufe ernstlich rügen zu müssen. — Dann verbreitet sich Ahlwardt über seinen Judenflintenprozeß und sucht nachzuweisen, daß er mit seinen Behauptungen durchaus recht gehabt habe. Er macht den Gerichten den Vorwurf, daß da nicht Alles in Ordnung zugegangen sei, er habe seine Gewährsmänner unter den Offizieren nur nicht nennen wollen. Auf einen Zuruf aus dem Hause betreffs seiner Zwanzigpfennig-Versammlungen antwortet Ahlwardt: Man solle sich schämen. In Volksversammlungen gehe es anständiger zu als hier. (Präsident v. Buol ruft ihn hierfür zur Ordnung.) — Generalmajor v. Böckh widerspricht, wie schon neulich, ganz entschieden den Angaben über Unbrauchbarkeit und Einschießung Löwe'scher Gewehrtheile. Ahlwardt verspricht, seine Behauptungen in Volksversammlungen beweisen zu wollen. Man möge ihn unter Anklage stellen. — Abg. Richter (freis. Volksp.) betont, wie Ahlwardt von seinen Behauptungen nichts habe beweisen können und dieselben doch immer wiederhole, obwohl schon Caprivi alle seine Angaben über die Löwe'schen Gewehre als unwahr gekennzeichnet habe. Wenn Ahlwardt einen Funken von Ehrgefühl habe, müsse er seine Behauptung zurücknehmen. — Abg. Ahlwardt erwidert, es werde Richter mit seinen Sophistereien nicht gelingen, ihm in Hagen eins anzuhängen. Im Volke wisse man, daß es mit den Judenflinten seine Richtigkeit habe. (Gelächter.) — Damit endet die Diskussion und der Militär- sowie der Marine-Etat werden bewilligt. Schluß der Sitzung nach dreiviertel acht Uhr. — Morgen Weiterberathung.

Berlin. Der Flügeladjutant des Kaisers, Oberst v. Moltke, begiebt sich heute Abend nach Petersburg, um dem Kaiser von Rußland im Auftrag des Kaisers zwei Jagdgewehre zu überbringen.

Berlin. Im Reichstagsgebäude trat heute unter dem Vorsitz des Präsidenten eine Reihe von Abgeordneten aus allen politischen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten zusammen, um über die Errichtung eines Moltkedenkmals in der Reichshauptstadt zu berathen. Das erfreuliche Ergebniß war, daß man die Anregung allseitig freudig begrüßte und es für erwünscht hielt, bis zum 26. Oktober 1900, dem 100jährigen Geburtstag des großen Strategen, wenigstens den Grundstein zum Denkmal legen zu können. Die Anwesenden traten zu einem provisorischen Komitee zusammen, das während der parlamentarischen Ferien Vorschläge zur Bildung eines großen Komitees in Erwägung ziehen soll, um dann nach Ostern energische Vorbereitungen und Sammlungen in die Hand zu nehmen. Zum Geschäftsführer wurde der Abg. Dr. Paasche-Berlin-NW., Siegmundshof Nr. 20 gewählt, an den von Freunden der Sache etwaige Mittheilungen und Wünsche aus dem Lande zu richten sind.

Freiberg. In der heutigen Schwurgerichtsverhandlung wurde der Cigarrenarbeiter Emil Eduard Beichke zum Tode verurtheilt.

Wien. Die „Neue Freie Presse" meldet, die Marineverwaltung beabsichtige, den Delegationen einen Plan, betr. den Ausbau der Schlachtschiffe vorzulegen. Hierzu werden 45 bis 50 Millionen Gulden erforderlich, die auf eine lange Reihe von Jahren vertheilt werden sollen. Die Entscheidung hierüber wird in der Anfangs nächster Woche stattfindenden gemeinsamen Ministerkonferenz erfolgen.

Zürich. Eine internationale Einbrecherbande wurde hier verhaftet. Die Verbrecher heißen: Josef Endel, Jacob Lutz und Nikolaus Mattern; sie tauchten hauptsächlich in den größeren Städten Hollands, Deutschlands und Oesterreichs auf, unmittelbar nach dem Einbrechen verschwanden die elegant gekleideten Diebe. Bei den bereits von den Behörden in München und Heilbronn gesuchten Verbrechern wurden neben Verbrecherwerkzeugen und Waffen auch mehrere Tausend Mark baares Geld gefunden und beschlagnahmt.

Paris. Der Minister des Auswärtigen Hanotaux wird heute in der Deputirtenkammer das Uebereinkommen betr. die Garantie der griechischen Anleihe vorlegen, welches gestern von ihm, dem englischen und russischen Botschafter, sowie von dem britischen Gesandten unterzeichnet worden ist.

**Pfund's** (vormals Pfund) **Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bankerstr. 79.**
Trocken-Füllerei.